



Fraktion Bündnis Oberhausener Bürger · Schwartzstraße 72 · 46045
Oberhausen

**An die
Vorsitzende des
Sozialausschusses
Frau Kirsten Oberste-
Kleinbeck
Kiwittenberg 57**

**Antrag gem. §2 der Geschäftsordnung der Stadt
Oberhausen: Aufnahme eines Tagesordnungspunktes für
die Sitzung des Sozialausschusses am 19. August 2015
Hier: „Die Verwaltung wird beauftragt, die 32 Standorte,
insbesondere die unten genannten, für eine Unterbringung
von Flüchtlingen erneut zu prüfen“**

24. Juli 2015

Sehr geehrte Frau Oberste-Kleinbeck,

namens der Fraktion Bündnis Oberhausener Bürger (BOB) bitte ich Sie, bei
der Aufstellung der Tagesordnung zur Sitzung des Sozialausschusses am 19.
August 2015 den Tagesordnungspunkt:

**Die Verwaltung wird beauftragt, die 32 Standorte, insbesondere die unten
genannten, für eine Unterbringung von Flüchtlingen erneut zu prüfen
aufzunehmen.**

Begründung:

Im März 2015 hat die Stadtverwaltung 32 Grundstücke für eine
Unterbringung von Flüchtlingen prüfen lassen. Von den Standorten sind
zahlreiche abgelehnt worden, weil etwa die Verfügbarkeit zu dem
damaligen Zeitpunkt nicht gegeben war, die angestrebte
Aufnahmekapazität nicht erreicht werden konnte oder der
Sanierungsaufwand des Gebäudes als hoch eingeschätzt wurde.

Diese Situation hat sich in einigen Fällen nunmehr verändert, so dass
eine erneute Prüfung der Standorte zu einem positiven Ergebnis führen

Seite 1 von 4

kann. Aus Sicht von BOB muss eine Unterbringung von Flüchtlingen in Privatwohnungen die Regel sein und Vorrang haben. Ist das jedoch nicht möglich, soll eine Unterbringung an vielen, dafür kleineren Standorten erfolgen, die die Akzeptanz in der Stadtgesellschaft und die Integration fördern. Kleinere Standorte können zudem das soziale Zusammenleben unter den Flüchtlingen aus verschiedenen Kulturen erleichtern.

Die Stadtverwaltung soll daher beauftragt werden, folgende Standorte zu prüfen:

- 1) Dachsstraße (Ifd. Nr. 9): Die Ablehnung ist mit einer „Rahmenplanung für das Gesamtareal“ begründet worden. Ist die Planung erfolgt, und schließt diese eine Nutzung für Flüchtlingsunterkünfte aus?
- 2) Klosterhardter Straße (Ifd. Nr. 12): Das Land NRW hat als Eigentümer eine städtische Nutzung bislang abgelehnt. Angesichts der jüngsten Zahlen der vom Land zugewiesenen Flüchtlinge sollte die Stadt auf die Notwendigkeit der Nutzung gegenüber der Landesregierung bestehen.
- 3) Josefschule (Ifd. Nr. 20): Die Ablehnung ist mit „Kaufinteresse“ begründet worden. Besteht das Interesse noch, und ist ein Kaufvertrag für das Grundstück zustande gekommen? Lässt sich unter Umständen hier eine temporäre Lösung umsetzen?
- 4) Vennepothschule (Ifd. Nr. 25): Die Ablehnung ist mit „Kaufinteresse“ begründet worden. Besteht das Interesse noch, und ist ein Kaufvertrag für das Grundstück zustande gekommen? Lässt sich unter Umständen hier eine temporäre Lösung umsetzen?
- 5) Otfried-Preußler-Schule (Ifd. Nr. 28): Die Ablehnung ist mit „**Aktuell** ist keine Verfügbarkeit gegeben“ begründet worden. Die Verfügbarkeit soll erneut geprüft werden.
- 6) Stötznerschule (Ifd. Nr. 30): Die Ablehnung ist mit „**Aktuell** ist keine Verfügbarkeit gegeben“ begründet worden. Die Auflösung der Schule ist im Rat zum 31.7.2015 beschlossen worden. Die Verfügbarkeit soll erneut geprüft werden.
- 7) Hauptschule Eisenheim (Ifd. Nr. 32): Die Ablehnung ist mit „**Aktuell** ist keine Verfügbarkeit gegeben“ begründet worden. Die Auflösung

der Schule ist im Rat zum 31.7.2015 beschlossen worden. Die Verfügbarkeit soll erneut geprüft werden.

- 8) Hauptschule Alsfeld (Ifd. Nr. 31): Die Ablehnung ist mit „Verhandlungen mit einem freien Träger zur Errichtung einer mehrgruppigen KTE“ begründet worden. Wird die Baumaßnahme umgesetzt, so dass dort kein Standort für eine Flüchtlingsunterkunft möglich ist? Lässt sich unter Umständen hier eine temporäre Lösung umsetzen?
- 9) Dinnendahlstraße (Ifd. Nr. 11): Die Ablehnung ist mit „Einigung mit Kaufinteressenten“ begründet worden. Besteht das Interesse noch, und ist ein Kaufvertrag für das Grundstück zustande gekommen? Lässt sich unter Umständen hier eine temporäre Lösung umsetzen?
- 10) Bebelstraße (Ifd. Nr. 24): Die Ablehnung ist mit „eine Verfügbarkeit ist **derzeit** nicht gegeben“ begründet worden. Die Verwaltung soll prüfen, ob nunmehr bzw. aktuell eine Verfügbarkeit gegeben ist.
- 11) Max-Eyth-Straße (Ifd. Nr. 4): Die Ablehnung ist mit „Bebauung im notwendigen Umfang nicht möglich“ begründet worden. Kleinere Standorte können jedoch auf größere Akzeptanz stoßen, wenn im Gegenzug mehr Standorte an unterschiedlichen Orten in der Stadt eingerichtet werden. In diesem Sinne soll der Standort Nr. 4 geprüft werden.
- 12) Fahnhorststraße (Ifd. Nr. 17): Die Ablehnung ist mit Blick auf „eine anzustrebende Mindestgröße“ abgelehnt worden. Kleinere Standorte können jedoch auf größere Akzeptanz stoßen, wenn im Gegenzug mehr Standorte an unterschiedlichen Orten in der Stadt eingerichtet werden. In diesem Sinne soll der Standort Nr. 17 geprüft werden.
- 13) Unterbruch 31 (Ifd. Nr. 22): Die Ablehnung ist mit „abgängiger Bausubstanz“ begründet worden. Die Sanierung solcher Gebäude könnte jedoch mit Landeskrediten und Fördermitteln erfolgen, wie in der WAZ-Oberhausen vom 1. Juni im Lokalteil („Neue Häuser für Flüchtlinge geplant“) beschrieben. In diesem Sinne einer möglichen Landesförderung soll der Standort Nr. 22 geprüft werden.



BÜNDNIS OBERHAUSENER BÜRGER

bürger-nah . unabhängig . sachbezogen

Weitere Begründung mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Siegfried Lampe

Bürgermitglied der Fraktion

Bündnis Oberhausener Bürger im Sozialausschuss

Seite 4 von 4

FRAKTION BÜNDNIS
OBERHAUSENER BÜRGER
Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz
Mellis
Geschäftsführer Dennis Vollmer

BOB FRAKTION
Schwartzstraße 72
46045 Oberhausen
Zi-Nr. 556

T 0208 - 825 3551
F 0208 - 825 5170
M [fraktion@buendnis-
ob.de](mailto:fraktion@buendnis-ob.de)

Stadtparkasse Oberhausen
BLZ 36550000 // Konto
168021
IBAN
DE94365500000000168021
BIC WELADED1OBH



Fraktion Bündnis Oberhausener Bürger · Schwartzstraße 72 · 46045
Oberhausen

**An die
Vorsitzende des
Sozialausschusses
Frau Kirsten Oberste-
Kleinbeck
Kiwittenberg 57**

**Antrag gem. §2 der Geschäftsordnung der Stadt
Oberhausen: Aufnahme eines Tagesordnungspunktes für
die Sitzung des Sozialausschusses am 19. August 2015
Hier: Sachstandsbericht zur Vermittlungsquote von
Flüchtlingen in Oberhausen in ein Beschäftigungsverhältnis**

24. Juli 2015

Sehr geehrte Frau Oberste-Kleinbeck,

namens der Fraktion Bündnis Oberhausener Bürger (BOB) bitte ich Sie, bei
der Aufstellung der Tagesordnung zur Sitzung des Sozialausschusses am 19.
August 2015 den Tagesordnungspunkt:

**„Sachstandsbericht zur Vermittlungsquote von Flüchtlingen in
Oberhausen in ein Beschäftigungsverhältnis“**

aufzunehmen.

Begründung:

Im November 2014 sind wesentliche Erleichterungen beim
Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende mit Aufenthaltsgestattung und
Personen mit Duldung in Kraft getreten. Ausgehend von einer Erlaubnis
der Ausländerbehörde ist es demnach deutlich schneller möglich
Flüchtlinge in ein Beschäftigungsverhältnis zu vermitteln und sie
effektiver am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen. Es ergeben
sich so neue und bessere Perspektiven für Asylsuchende und die
Integration wird ihnen deutlich erleichtert.

Seite 1 von 2

FRAKTION BÜNDNIS
OBERHAUSENER BÜRGER
Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz
Mellis
Geschäftsführer Dennis Vollmer

BOB FRAKTION
Schwartzstraße 72
46045 Oberhausen
Zi-Nr. 556

T 0208 - 825 3551
F 0208 - 825 5170
M [fraktion@buendnis-](mailto:fraktion@buendnis-ob.de)
ob.de

Stadtparkasse Oberhausen
BLZ 36550000 // Konto
168021
IBAN
DE94365500000000168021
BIC WELADED1OBH

Vor diesem Hintergrund bitten wir um einen Sachstandbericht, in dem folgende Fragen beantwortet werden:

1. Wie viele Flüchtlinge leben länger als drei Monate in Oberhausen?
2. Wie viele Flüchtlinge könnten davon in ein Beschäftigungsverhältnis vermittelt werden?
3. Wie viele Flüchtlinge wurden bereits vermittelt?

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Siegfried Lampe', written in a cursive style.

Siegfried Lampe

Bürgermitglied der Fraktion

Bündnis Oberhausener Bürger im Sozialausschuss



BÜNDNIS OBERHAUSENER BÜRGER

bürger-nah . un-ab-hän-gig . sach-be-zogen

Fraktion Bündnis Oberhausener Bürger · Schwartzstraße 72 · 46045
Oberhausen

**An die
Vorsitzende des
Sozialausschusses
Frau Kirsten Oberste-
Kleinbeck
Kiwittenberg 57**

**Antrag gem. §2 der Geschäftsordnung der Stadt
Oberhausen: Aufnahme eines Tagesordnungspunktes für
die Sitzung des Sozialausschusses am 19. August 2015
Hier: Beauftragung der BFO und des Jobcenters, bei
Oberhausener Firmen um mögliche Praktikumsplätze bzw.
Beschäftigungen für Flüchtlinge zu werben**

4. August 2015

Sehr geehrte Frau Oberste-Kleinbeck,
namens der Fraktion Bündnis Oberhausener Bürger (BOB) bitte ich Sie, bei
der Aufstellung der Tagesordnung zur Sitzung des Sozialausschusses am 19.
August 2015 den Tagesordnungspunkt:

„Beauftragung der BFO und Bitte an das Jobcenter, bei Oberhausener
Firmen um mögliche Praktikumsplätze bzw. Beschäftigungen für
Flüchtlinge zu werben“

aufzunehmen.

Begründung:

Seite 1 von 2

Für eine gelingende Integration der Menschen, die in unserer
Gesellschaft Zuflucht vor Krieg, Diskriminierung und Verfolgung suchen,
ist die Chance eine Beschäftigung zu finden zentral.

Laut eines Berichts im Spiegel (29.7.2015: „Flüchtlinge brauchen keine
Genehmigung mehr für Praktika“) sind die Möglichkeiten für Flüchtlinge,
über einen Praktikumsplatz in Arbeit zu kommen, jüngst durch eine

FRAKTION BÜNDNIS
OBERHAUSENER BÜRGER
Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz
Mellis
Geschäftsführer Dennis Vollmer

BOB FRAKTION
Schwartzstraße 72
46045 Oberhausen
Zi-Nr. 556

T 0208 - 825 3551
F 0208 - 825 5170
M [fraktion@buendnis-](mailto:fraktion@buendnis-ob.de)
ob.de

Stadtparkasse Oberhausen
BLZ 36550000 // Konto
168021
IBAN
DE94365500000000168021
BIC WELADED1OBH

Neuregelung des Genehmigungsverfahrens über die Bundesagentur für Arbeit erleichtert worden.

Dieser Prozess der Praktikumsfindung für Flüchtlinge soll deshalb durch die Berufsförderung Oberhausen und das Jobcenter positiv begleitet werden, indem beide Einrichtungen gezielt Firmen auf solche Plätze ansprechen, sie erfassen und an Flüchtlinge vermitteln. Sinnvoll ist es aus unserer Sicht, wenn diese Plätze etwa über das Portal der Stadt bzw. ebenfalls unter www.fluechtlingshilfe-oberhausen.de angeboten würden.

Es wäre zudem sinnvoll und wünschenswert, wenn beide Institutionen gezielt die Fähigkeiten und Potenziale von Flüchtlingen erfassten, um diese aktiv suchenden Firmen anbieten zu können.

Mit freundlichen Grüßen





Fraktion Bündnis Oberhausener Bürger · Schwartzstraße 72 · 46045
Oberhausen

**An die
Vorsitzende des
Sozialausschusses
Frau Kirsten Oberste-
Kleinbeck
Kiwittenberg 57**

**Antrag gem. §2 der Geschäftsordnung der Stadt
Oberhausen: Aufnahme eines Tagesordnungspunktes für
die Sitzung des Sozialausschusses am 19. August 2015 im
öffentlichen Teil
Hier: Prüfauftrag an die Verwaltung zur
Rekommunalisierung der ASO**

3. August 2015

Sehr geehrte Frau Oberste-Kleinbeck,
namens der Fraktion Bündnis Oberhausener Bürger (BOB) bitte ich Sie, bei
der Aufstellung der Tagesordnung zur Sitzung des Sozialausschusses am 19.
August 2015 den Tagesordnungspunkt:

Prüfauftrag an die Verwaltung zur Rekommunalisierung der ASO

Im öffentlichen Teil aufzunehmen.

Begründung:

Der Sozialausschuss soll die Verwaltung bitten zu prüfen, welche
Auswirkungen, Vorteile oder auch Nachteile eine Rekommunalisierung der
ASO zur Folge hätte.

Eine solche Prüfung ist sinnvoll, denn

1. Die Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte zeigen, dass die
Privatisierungen in Bereichen bzw. Aufgabengebieten von Städten und
Gemeinden nachteilige Folgen haben:

a) Privatisierungen haben in keinem bekannten Fall zu Kostensenkungen
geführt

FRAKTION BÜNDNIS
OBERHAUSENER BÜRGER
Fraktionsvorsitzender Karl-Heinz
Mellis
Geschäftsführer Dennis Vollmer

BOB FRAKTION
Schwartzstraße 72
46045 Oberhausen
Zi-Nr. 556

T 0208 - 825 3551
F 0208 - 825 5170
M [fraktion@buendnis-](mailto:fraktion@buendnis-ob.de)
ob.de

Stadtparkasse Oberhausen
BLZ 36550000 // Konto
168021
IBAN
DE94365500000000168021
BIC WELADED1OBH

Seite 1 von 2

b) Weniger Einnahmen, weniger Kontrolle und Entscheidungsvollmacht, häufig auch höhere Preise und schlechter Service für die Bürger waren die Folgen.

2. Die Stadt Oberhausen leidet seit Jahren unter einer massiven Verschuldung. Gegenüber ihren älteren Mitbürgern besteht eine Verpflichtung zur Daseinsfürsorge bzw. Daseinsvorsorge.

z.B. Die Stadt Bergkamen (Unna) hat erfolgreich und lohnend die Rekommunalisierung der städtischen Betriebe durchgeführt.

3. Im Koalitionsvertrag der Stadtregierung (S. 12, Zeilen 311-318) wird eine Privatisierung der städtischen Alteneinrichtung (ASO) nachdrücklich ausgeschlossen. Auch auf dieser Grundlage wäre eine Rekommunalisierung der ASO nicht nur sehr sinnvoll, sondern auch konsequent.

Vor diesem Hintergrund hält BOB eine Rekommunalisierung der ASO für zukunftssichernd unter anderem für die Arbeitsplätze und die Kunden im stationären Pflegesektor.

Mit freundlichen Grüßen



Siegfried Lampe

Bürgermitglied der Fraktion

Bündnis Oberhausener Bürger im Sozialausschuss

Linke Liste Ratsfraktion, Friedensplatz 8, 46045 Oberhausen

Friedensplatz 8
46045 Oberhausen
Tel.: 0208 884220
Fax: 0208 884220-17

Frau
Kirsten Oberste-Kleinbeck
Vorsitzende Sozialausschuss
Schwarzstr. 72

www.linkeliste-ob.de
info@linkeliste-ob.de

www.facebook.com/linke.liste.oberhausen
www.twitter.com/linkeliste_ob

46042 Oberhausen

IBAN: DE16 3655 0000 0050 0014 29
BIC: WELADED1OBH
Stadtsparkasse Oberhausen

30. Juli 2015

Sachstandsbericht zur Gesundheitskarte für Flüchtlinge

Sehr geehrte Frau Oberste-Kleinbeck,

hiermit möchte ich Sie im Namen meiner Fraktion bitten folgenden Tagesordnungspunkt für die Sozialausschusssitzung am 19.08.15 aufzunehmen:

schriftlicher Sachstandsbericht der Verwaltung zum Thema: „landesweite Einführung einer Krankenversichertenkarte für Flüchtlinge und Asylsuchende auf der Basis des Bremer Modells“

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Pusch
Mitglied im Sozialausschuss